

„Kanzlerin hat letztes Wort – nicht die FDP“

CSU-Bundestagsabgeordneter Wolfgang Götzer hält Schuldenabbau für wichtigstes Ziel

Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt und die Steuereinnahmen sprudeln: Statistisch steht Deutschland gut da. Trotzdem stecken die Regierungsparteien CSU, CDU und FDP weiter im Umfragetief. Die LZ hat mit dem CSU-Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Götzer über die politische Lage, den Zustand der Koalition und seine Arbeit vor Ort gesprochen.

LZ: Herr Götzer, die Sommerpause markiert die Halbzeit der Legislaturperiode. Wie lautet ihr Fazit nach zwei Jahren Schwarz-Gelb?

Dr. Wolfgang Götzer: Was wir erreicht haben, ist respektabel. Allein wie Deutschland die Finanzkrise durchgestanden hat, ist noch mal eine Erwähnung wert. Vor drei Jahren hatten wir alle schlaflose Nächte deswegen. Und jetzt stehen wir besser da als vor der Krise. Aber das kommt bei den Wählern nicht rüber.

Woran liegt es, dass die Arbeit der Regierungskoalition von den Bürgern so negativ beurteilt wird?

Unsere Bilanz ist in der Tat besser als unser Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit. Ich sehe da vor allem die Führungsspitzen der Koalition, aber auch jeden Abgeordneten in der Pflicht. Immer wieder gehen manche mit Stellungnahmen an die Öffentlichkeit, ohne diese vorher abzustimmen. Es wäre besser, sich zunächst intern zusammenzusetzen.

Ist das auch als Kritik an Ministerpräsident Horst Seehofer zu verstehen, dem ein Hang zu Alleingängen nachgesagt wird?

Ich will das nicht an einzelnen Namen festmachen. Jeder in der Koalition muss das Seine zu einem besseren Erscheinungsbild beitragen.

Zu Ihrer persönlichen Zwischenbilanz. Auch aus Ihrer Partei gibt es Stimmen, die Ihnen mangelnde Präsenz im Wahlkreis und nicht genügend Engagement für die Region vorwerfen. Verstehen Sie die Kritik?

Selbstverständlich bin ich für Kritik offen. Aber solche Vorwürfe empfinde ich als ungerecht. Denn ich setze mich mit aller Kraft für die Belange meines Wahlkreises ein. Ich suche stets das Gespräch mit dem Bürger. Aber derzeit ist es schwierig, der Basis die Bundespolitik zu vermitteln. Da spürt man eine gewisse Verunsicherung.

Sie sitzen seit 1990 ununterbrochen im Bundestag. Welche Erfolge haben Sie in mehr als zwei Jahrzehnten ganz konkret für die Region Landshut erreicht?

Generell ist es als Bundestagsabgeordneter schwierig, im Alleingang etwas zu erreichen. Es gibt aber zahlreiche Projekte, bei denen ich mitgewirkt habe. Zum Beispiel der Ausbau der B 299 und vor allem die B 15 neu: Die beschäftigt mich, seit ich im Bundestag bin. Jetzt ernten wir die Früchte, die B 15 neu wird in einigen Jahren bis Essenbach reichen. Ein weiterer Erfolg war, dass das Kernkraftwerk Isar 1 abgeschaltet wird. Dafür hatte ich mich bereits 2010 im Vorfeld des neuen Energiekonzepts der Bundesregierung eingesetzt. Wenige Tage nach Fukushima hat Horst Seehofer mir dann zugesagt, dass Isar 1 vom Netz genommen wird.

Im Stadtrat hatten Sie aber doch gegen eine Resolution gestimmt, die genau diese Abschaltung forderte...

Das lag zum einen an der Begründung: Es wurden Sicherheitsmängel angeführt. Das sah ich anders. Ich wäre dafür gewesen, Altreaktoren



„Ich kämpfe leidenschaftlich für meinen Wahlkreis“: CSU-Bundestagsabgeordneter Dr. Wolfgang Götzer (links) im Interview mit LZ-Stadtreaktionsleiter Emanuel Socher-Jukic (Mitte) und Redakteur Johannes Viertböck (Foto: cv)

wie Isar 1 abzuschalten und damit ein energiepolitisches Zeichen zu setzen. Zum anderen war ich dafür, dass die Entscheidung im Rahmen des energiepolitischen Gesamtkonzepts getroffen wird.

Welche Projekte in der Region müssen in den kommenden Jahren verwirklicht werden?

Wir stehen wirtschaftlich sehr gut da. Damit das so bleibt, müssen wir vor allem weiter in die Infrastruktur investieren. Ich bin daher für die dritte Startbahn am Münchner Flughafen. Außerdem kämpfe ich für eine Verlängerung der B 15 neu über Essenbach hinaus bis Rosenheim. Davon würde auch der südliche Landkreis profitieren.

Sie sind Mitglied des Landshuter Stadtrats. Ihr Bundestagskollege Dr. Thomas Gambke hat dieses Mandat abgegeben, weil es terminlich nicht mit seiner Abgeordneten-tätigkeit vereinbar sei. Besteht dieser Konflikt bei Ihnen nicht?

Mit gutem Zeitmanagement ist meiner Meinung nach beides machbar. Ich finde die Verzahnung von Kommunal- und Bundespolitik wichtig. Viele Bundesthemen wirken sich auf die Kommunen aus, zum Beispiel die Gewerbesteuer oder die Hartz-IV-Sätze. Ich weiß, wie diese Themen im Stadtrat diskutiert werden. Und ich kann das bei den Entscheidungen auf Bundesebene einbringen.

Aber allein fünf von elf Stadtrats-sitzungen in diesem Jahr finden während einer Sitzungswoche des Bundestags statt...

Ich bemühe mich, an den Plenarsitzungen des Stadtrats teilnehmen zu können. Die sind fast ausnahmslos am Freitagnachmittag, das schaffe ich auch während der Sitzungswochen des Bundestags.

„Haushaltskonsolidierung ist momentan wichtiger als eine Steuersenkung“

Zum Dauerthema Steuerentlastung: Wann können die Bürger mit sinkenden Abgaben rechnen?

Ich bin grundsätzlich für Steuerentlastungen auf breiter Front. Insbesondere die „kalte Progression“ muss weg. Aber für eine umfassende Reform ist jetzt nicht die richtige Zeit. Die Haushaltskonsolidierung hat Vorrang, die Neuverschuldung muss sinken. Da sind wir auch auf einem guten Weg. Zudem darf der Staat nicht bei der Bildung oder bei den Investitionen sparen. Zudem glaube ich, dass für die Bürger ein einfacheres und übersichtlicheres Steuersystem wichtiger ist als eine Steuersenkung.

Das wird Ihr Koalitionspartner FDP nicht gerne hören.

Mag sein, aber es gibt kein Füllhorn, aus dem wir schöpfen können. Sind Steuersenkungen möglich, ist die Union dabei. Können wir Steuersenkungen aufgrund der Haushaltslage nicht verantworten, wird es mit uns keine geben. Das letzte Wort hat dabei die Bundeskanzlerin – und nicht die FDP.

Die Bundesregierung beteiligt sich am milliardenschweren Euro-Rettungsschirm. Warum ist es nötig, Krisenstaaten wie Griechenland unter die Arme zu greifen?

Wir helfen nicht aus Nächstenliebe, sondern aus Eigeninteresse. Als Exportland können wir es uns nicht leisten, dass Euro-Länder bankrott gehen. Ich fände es gut, wenn in allen Euro-Staaten eine Schuldenbremse eingeführt würde, wie wir sie ins Grundgesetz geschrieben haben. Dagegen halte ich Euro-Bonds für falsch. Das wäre eine Vergemeinschaftung der Schulden in der Euro-Zone, was das Rating Deutschlands verschlechtern und damit eine höhere Zinslast für uns bedeuten würde. Außerdem befürchte ich bei einem Staatsbankrott in der Euro-Zone Schockwirkungen für das gesamte Finanzsystem, die schlimmer als 2008 wären.

Zur Energiepolitik. E.on baut allein in Bayern wohl tausende Stellen ab. Sind das die ersten Folgen des Atomausstiegs?

Nein. Bei E.on sind im Kraftwerksbereich weniger Leute beschäftigt als insgesamt ausgestellt werden sollen. Der Atomausstieg ist für diese Pläne nicht ursächlich.

Statt auf Atom setzt auch die CSU nach der Katastrophe von Fukushima auf Sonne und Wind. Sitzen in der Union die wahren Grünen?

Als Konservative liegt uns die Bewahrung der Schöpfung am Herzen, gleichzeitig muss aber die Energieversorgung gewährleistet sein. Dafür brauchen wir einen Energiemix. Kurzfristig müssen wir auf mehr Kohle und Gas setzen, bis wir die erneuerbaren Energien eingebaut haben. Die Bürger müssen mit steigenden Stromkosten rechnen. Der Umstieg auf die Erneuerbaren wird auch Auswirkungen auf unsere Landschaft haben. Außerdem sind die Klimaschutzziele nun schwieriger zu erreichen.

Werden künftig die bayerischen Gebirgszüge von Windrädern statt von Gipfelkreuzen gekrönt?

Grundsätzlich kann niemand, der für den Atomausstieg ist, regenerative Energiequellen vor der eigenen

Haustür ablehnen. Windräder sind zwar an den Küsten am sinnvollsten, aber auch auf Berggipfeln denkbar. Eine Energiewende zum Nulltarif wird es nicht geben.

Thema Verkehr: Ministerpräsident Seehofer will eine Pkw-Maut, Kanzlerin Merkel hat abgewunken. Was halten Sie von dieser Idee?

Die Pkw-Maut wird auf die Tagessordnung kommen. Verkehrsminister Peter Ramsauer erarbeitet derzeit eine Diskussionsgrundlage. Ich halte die österreichische Lösung in Form einer Vignette für die wahrscheinlichste Variante. Allerdings ist zu bedenken, dass ein Ausgleich für deutsche Autofahrer über eine Senkung der Kfz-Steuer schwierig wird. Das EU-Recht verbietet eine Diskriminierung von Bürgern anderer EU-Staaten. Eher denkbar ist ein Ausgleich über eine Senkung der Mineralölsteuer. Ich bin unterm Strich aber für eine Maut.

„Die Justizministerin hat ein Verständnis von Liberalität, das ich nie teilen konnte“

Ob Sicherungsverwahrung oder Vorratsdatenspeicherung: CSU und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) trennen Welten. Nervt Sie die Bundesjustizministerin?

Sie hat ein Verständnis von Liberalität, das ich noch nie nachvollziehen, geschweige denn teilen konnte. Sicherheit und Freiheit stehen zwar immer in einem Spannungsverhältnis. Aber wer sich nicht sicher fühlt, fühlt sich auch nicht frei. Die Bürger verstehen beispielsweise nicht, dass ein gefährlicher Triebtäter freigelassen werden muss, weil die gesetzliche Grundlage fehlt.

Nach Bayern. Die SPD könnte bei der Landtagswahl 2013 den beliebten Münchner OB Christian Ude ins Rennen schicken. Muss die CSU dann die Staatskanzlei räumen?

Nein. Christian Ude ist zwar ein geachteter Kommunalpolitiker und kann der SPD vielleicht zu einem kleinen Stimmenzuwachs verhelfen. Aber das Kaliber von Horst Seehofer hat er nicht.

2013 ist auch die nächste Bundestagswahl geplant. Werden Sie erneut als CSU-Direktkandidat für den Wahlkreis Landshut antreten?

Das ist eine Entscheidung meiner Partei. Ich habe Freude an meiner Arbeit. Und es gibt noch viel zu tun. Deshalb stehe ich wieder zur Verfügung – wenn die Partei es wünscht.

Das Interview führten Emanuel Socher-Jukic und Johannes Viertböck.